

**Ausschuss zur Bekämpfung und Prävention von Armut
und sozialer Spaltung**

10. Sitzung

am 26. Februar 2015

im Haus der Bürgerschaft

Raum 2

Anwesend: Abg. Frau Böschen (SPD)
Abg. Frau Grönert (CDU)
Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen)
Abg. Frau Dr. Kappert-Gonther (Bündnis 90/Die Grünen)
Abg. Frau Krümpfer (SPD)
Abg. Röwekamp (CDU)
Abg. Frau Vogt (DIE LINKE)
Abg. Dr. vom Bruch (CDU), Vorsitzender
Abg. Weigelt (SPD)
Abg. Willmann (Bündnis 90/Die Grünen)

weiter sind anwesend:

Herr Dr. Bronke)
Frau Adam) von der Senatorin für Soziales,
Frau Siegel) Kinder, Jugend und Frauen
Herr Ivanov)

Herr Dr. Schrenk Senatskanzlei

Herr Gerecke Bürger

Herr Schulz	Mitarbeiter der Fraktion der SPD
Frau Hasberg	Mitarbeiterin der Fraktion der SPD
Frau Müller	Mitarbeiterin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Frau Bölling	Mitarbeiterin der Fraktion der CDU
Herr Hesse	Mitarbeiter der Fraktion DIE LINKE
Frau Gohlke	von der Bürgerschaftskanzlei als Assistentin des Ausschusses

Beratungsgegenstände

1. Genehmigung der Tagesordnung und des Protokolls
dazu: Protokoll der 9. Sitzung vom 29.01.2015

2. Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht des Senats
dazu: Dr. Karl Bronke Abteilungsleiter Soziales
 Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen

3. Weiteres Vorgehen

4. Verschiedenes

Abg. Dr. vom Bruch eröffnet die Sitzung um 14.35 Uhr.

Abg. Dr. vom Bruch: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf Sie an dieser Stelle ganz herzlich zu der heutigen Sitzung unseres Ausschusses begrüßen. Es ist eine Sitzung, die thematisch ein wenig an den Anfang unserer Beratungen zurückführt, auch hinsichtlich der Überschrift, die hier gewählt worden ist: „Armut und Reichtum, Teilhabe und sozialer Zusammenhalt, Zahlen und Perspektiven“. Das sind die Dinge, mit denen wir uns ja bereits eingangs unserer Beratungen auseinandergesetzt haben, und mit denen wir auch sozusagen die Grundlagen für unsere thematischen Verhandlungen der letzten Monate geschaffen haben.

Deshalb glaube ich, es ist ganz angemessen, dass wir uns heute, relativ zum Abschluss unserer Beratungen und dieser laufenden Legislaturperiode, noch einmal mit dieser Thematik auseinandersetzen, diesmal aus der Sicht des Senats. Wir haben in den letzten Monaten erlebt, dass wir zwei Handlungsstränge in dieser Stadt hatten. Herr Bürgermeister hat ja seinerseits auch diesbezüglich eine Initiative ergriffen, aber wir haben auch seitens des Parlaments gesagt, es kann nicht sein, dass ein solches Phänomen in dieser Stadt immer mehr um sich greift. Das Parlament ist an dieser Stelle relativ schweigsam.

Ich glaube auch vor dem Hintergrund dessen, was wir jüngst in der Zeitung haben lesen müssen, war es richtig, sich grundsätzlich mit dieser Thematik auseinanderzusetzen. Kurz zusammenfassend kann man, auch vor dem Hintergrund des Armuts- und Reichtumsatlas des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, sagen: Die Zeitungen titeln, dass Bremen immer weiter abrutscht. Sinngemäß heißt es, jeder vierte Bremer gilt als arm, und Bremerhaven ist die ärmste Stadt Deutschlands.

Bremen ist im Bundesvergleich das extrem ärmste Land, mit einer Armutsquote von 24,6 Prozent. Wenn man die Kommunen miteinander vergleicht, dann führt nicht etwa eine ostdeutsche Stadt oder eine Stadt im Ruhrgebiet, sondern es ist Bremerhaven, mit der höchsten Armutsquote und einer Kinderarmutsquote, die sich irgendwann möglicherweise bedrohlich der 40 Prozent-Marke nähern könnte.

Ich glaube, es ist deshalb richtig, dass dieser Ausschuss jetzt auch mit Auslaufen der Legislaturperiode einen Bericht vorlegen wird, in dem wir versuchen, sehr konkrete Maßnahmen zu empfehlen, ohne dieses Phänomen in allen Facetten ausgeleuchtet zu haben, um zumindest Schritte zu unternehmen, die eine Trendwende und Verbesserung dieser Situation mitbewirken soll. Wir haben uns heute in der Sache nur einen einzigen Tagesordnungspunkt vorgenommen, wir wollen uns mit dem jüngst vorgelegten Armuts- und Reichtumsbericht des Senats auseinandersetzen. Deswegen darf ich Sie, Herrn Dr. Bronke, ganz herzlich in unserem Kreis begrüßen! Herzlichen Dank dafür, dass Sie sich die Zeit nehmen, um uns gleich senatsseitig in dieses Thema einzuführen. Dabei wissen wir und nehmen es in Kauf, dass sicherlich das eine oder andere in diesem Zusammenhang bereits zur Sprache gekommen ist, und nicht alles, was Sie uns berichten, kann neu sein.

So viel zur Vorrede! Wir haben heute nur begrenzt Zeit bis circa 15.30 Uhr zur Verfügung, anschließend ist mit den Sprechern eine Diskussionsrunde vereinbart. Ich werde nun ganz formal zum Tagesordnungspunkt 1 kommen, die Genehmigung der Tagesordnung und des Protokolls. Gibt es gegen die Tagesordnung Einwände oder gibt es Ergänzungswünsche? Das sehe ich nicht.

Dann darf ich fragen, ob Sie das Protokoll der neunten Sitzung, das Ihnen zugegangen ist, genehmigen können? Auch dort sehe ich keine Widersprüche! Ich möchte gern auf etwas hinweisen, das auch ich ganz bemerkenswert finde: Inzwischen sind diese Protokolle durchnummeriert, beginnend bei 1. Wir sind bei den Protokollen, die die Beratungen dieses Ausschusses anbelangt, auf der Seite 431 angekommen. Darin sind aber noch nicht die vielen Präsentationen enthalten, die uns hier beschäftigt haben. Das finde ich eine ganz bemerkenswerte Zahl, die nicht nur eine Menge Substanz enthält, sondern auch mit einer Menge Arbeit verbunden ist. An dieser Stelle ein ganz herzliches Danke an Frau Gohlke!

Damit komme ich zum Tagesordnungspunkt 2, das ist der Zweite Armuts- und Reichtumsbericht. Herzlichen Dank, Herrn Dr. Bronke, dass Sie hier auch eine Präsentation zeigen werden, die Sie vorbereitet haben. Dann würde ich Ihnen, Herrn Dr. Bronke, gern das Wort erteilen!

Dr. Bronke: Vielen Dank! Meine Damen und Herren, mein Name ist Karl Bronke, ich leite die Abteilung Soziales in der Sozialbehörde. Wir haben den Auftrag, die Berichterstattung des Senats zu diesem Punkt zu koordinieren, weil der Bericht aus Beiträgen vieler Senatsressorts besteht und nicht nur in unserem Hause geschrieben worden ist. Dazu möchte ich sagen, dass es sich um einen Berichtsentwurf handelt, den der Senat zu Kenntnis genommen hat. Jetzt ist der Zeitpunkt, diesen Entwurf zu diskutieren. Ich vermute, dass der Senat im Zeitraum von Juni, Juli oder August 2015, sich den Bericht noch einmal anschauen und überarbeiten und dann der Bremischen Bürgerschaft auch vorlegen wird, sodass aber jetzt auch in diesem Zeitraum Ergänzungen, Veränderungen, Maßnahmen und Vorschläge an dem Bericht gemacht werden können.

Wir selbst haben den Bericht nicht nur auf die Internetseite gestellt, sondern auch eine Kommentarfunktion dazu eingebaut, die man nutzen kann und die auch genutzt wird. Wir werden eine ganze Reihe von Fachveranstaltungen durchführen, um einzelne Themen des Berichts zu vertiefen. So werden wir voraussichtlich im Juni mit der Arbeitnehmerkammer eine Veranstaltung zu dem Teil der regionalen Disparitäten im Land Bremen durchführen und dem Thema noch einmal gezielt nachgehen werden.

Heute möchte ich Ihnen auch gar nicht den Berichtsentwurf mit seinen vielen Zahlen vorstellen, sondern versuchen, einige wesentliche Erkenntnisse und mögliche Konsequenzen zu präsentieren. Ich werde versuchen, dies in einer bemessenen Zeit zu tun, sodass hinterher noch Möglichkeit zur Rückfrage und Debatte bleibt. Drei Punkte möchte ich heute behandeln: Erstens die Frage, wer eigentlich arm und wer reich ist. Als zweiten, zentralen Punkt die Frage, welche Wege es für Bremen gibt, um mit diesem Thema umzugehen; Und zum Schluss, als dritten Punkt, noch einmal einen Blick auf das Ziel zu werfen, das in weiter Zukunft verfolgt werden kann.

Die erste Frage! Wer ist eigentlich arm und wer ist reich? Die Debatte, die wir politisch und auch im öffentlichen Raum führen, wird sehr stark von der Frage des Geldes dominiert. Das ist auch richtig, aber die Debatte um Armuts- und Reichtumsberichte in der gesamten Republik, Wissenschaft und in der Politik geht immer davon aus, dass Armut und Reichtum nicht nur am verfügbaren Geld zu messen ist, son-

dern auch an den Teilhabechancen in den verschiedenen Bereichen der Gesellschaft, so wie Bildung, Arbeit, Wohnen und Gesundheit, die hier in der Präsentation auch aufgeführt sind.

Dies hat seinen Hintergrund darin, dass es dort wesentliche Einschränkungen gibt. Die Teilhabemöglichkeiten eines Menschen können auch sehr stark eingeschränkt sein, unter Umständen genau so, als ob ihm das Geld fehlt. Insofern geht es also nicht nur um die materielle Armut, sondern es geht um die Teilhabechancen in vielen Lebensbereichen, und so ist nicht nur dieser Bericht, sondern inzwischen auch alle Armuts- und Reichtumsberichte in allen Bundesländern und dem Bund aufgebaut.

Kommen wir zunächst einmal zur Einkommensarmut, dem dringendsten Thema, das auch am Meisten im Vordergrund steht! Es gibt zwei Möglichkeiten, dies zu definieren: Die absolute Armut, bei der die notwendigen Mittel zur Existenzsicherung fehlen, da sagte die Weltbank 1,25 Euro. Das ist eine Definition, die uns hier nicht so sehr interessiert. In den entwickelten Staaten geht es um die relative Armut, es geht also darum, ob die Ressourcen eines Menschen im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung gering sind. Dazu ist folgende Methodik entwickelt worden: Es wird das mittlere Einkommen - nicht das Durchschnittseinkommen, sondern der Median des Einkommens! - herangezogen, und anhand dessen wir gesagt, wer weniger als 60 Prozent davon hat, ist armutsgefährdet. Von Armut spricht man bei weniger als 50 Prozent, es geht also immer um die Armutsgefährdungsquote. Die lag im Jahr 2012, das Basisjahr unseres Berichtsentwurfs, 869 Euro, und sie liegt im Moment - das konnten wir ja auch dem Bericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes entnehmen - bei 892 Euro auf der Basis des Jahres 2013.

Als armutsgefährdet gilt derjenige, der weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens hat, und reich - das ist ein Begriff, der noch stärker umstritten ist! - ist derjenige, der mehr als 200 Prozent davon hat, heute also ungefähr ein Nettoeinkommen von über 3 000 Euro. Das ist jetzt auf eine Person bezogen, wenn man es auf eine Familie oder auf eine Personenmehrheit bezieht, muss man es umrechnen. Es wird bei einem vier-Personen-Haushalt nicht einfach einmal mal vier genommen, sondern auf der Grundlage der Economy of Scale berücksichtigt, dass z.B. der Zweite weniger braucht als der Erste, weil die Miete einmal entfällt. Daher werden dort

Teilsummen addiert, bei dieser Beispielfamilie mit zwei Kindern unter und über 14 Jahren läge dann die Grenze bei 2 000 Euro.

Wenn man es auf das Land Bremen umrechnet, kommt man zu dem beeindruckenden Ergebnis, dass 23,1 Prozent armutsgefährdet und 7,3 Prozent reich sind. Diese Zahlen differenzieren sich dann noch nach Bremen-Stadt und Bremerhaven, mit dem bekannten Ergebnis, dass die Zahl in Bremerhaven deutlich höher liegt als die in der Stadtgemeinde Bremen. Das ist am Bundesmedian gemessen, und nun schauen wir noch einmal auf den Bundesländervergleich, hier steht Bremen jetzt - im Jahr 2012 - an der Spitze der Tabelle, der Deutschlandschnitt liegt bei 15,2 Prozent.

Sie sehen hier aber auch ein kleines Bild, das ist eine Waage mit Äpfel und Birnen, denn ich glaube, ein Vergleich zwischen den Bundesländern ist wie ein Vergleich zwischen Äpfeln und Birnen: Flächenstaaten haben andere Voraussetzungen als Stadtstaaten, und man Städte miteinander vergleicht, ergibt sich schon gleich ein viel bunteres Bild. Es ist hier vielleicht nicht so im Detail erkennbar, aber durch die Graphik wird deutlich: Im Städtevergleich liegt Bremen auch in der Spitzengruppe, aber eben nicht an der Spitze.

Es gibt einen Streit um diese Armuts- und Reichtumsquoten, bisher wird immer eine bundeseinheitliche Schwelle zugrunde gelegt, das sind wie gesagt 869 Euro. Man kann diesen Median auch länderbezogen bilden, dann fällt er plötzlich ganz anders aus, nämlich die Schwelle aus dem Medianeinkommen in Bremen ergäbe dann 805 Euro, in Bayern 942 Euro und in Mecklenburg-Vorpommern 723 Euro. Wenn man die Länderschwelle zugrunde legt, wäre die Zahl in Bremen deutlich geringer, es wären nur 18,5 Prozent der Menschen armutsgefährdet. Es wird aber insgesamt immer die Bundesschwelle genommen, obwohl natürlich die Lebenshaltungskosten in den Bundesländern unterschiedlich sind. Insofern ist diese Zahl immer etwas mit Vorsicht zu genießen.

Es kommt noch hinzu, dass auch der Mikrozensus als methodische Basis der Erhebung umstritten ist. Auch hat diese Medianberechnung methodische Probleme, zum Beispiel bildet sich eine Wohlstandsniveauerhebung der Gesamtgesellschaft nicht ab, weil der Median immer der Median bleibt. Auch bildet der der Median Entwick-

lungen, die am oberen und am unteren Ende stattfinden, nicht ab, sondern immer nur das absolut mittlere Einkommen.

Das hat methodische Konsequenzen, es führt zum Beispiel dazu, dass ein Sozialhilfeempfänger in Bremen arm ist, da sein Einkommen unterhalb der Bundesarmutsschwelle liegt: Er hat 391 Euro im Jahr 2012 als Eckregelsatz, 377 Euro durchschnittlich für Kost und Unterkunft und 70 Euro für Heizung. Das sind 838 Euro und dieser Betrag liegt damit unterhalb der Armutsschwelle von 869 Euro. Bei einem Sozialhilfeempfänger in München sieht das anders aus, er bekommt den gleichen Regelsatz, 391 Euro, und auch für die Heizung stehen ihm 70 Euro zur Verfügung, aber er bekommt im Durchschnitt 590 Euro für seine Wohnung, weil das Wohnen in München teuer ist. Das heißt, ein Transferleistungsempfänger in München hat 1051 Euro in der Tasche, gemessen am Bundesdurchschnitt ist er nicht mehr arm.

Das ist jetzt ein Extrembeispiel, ich möchte damit nur deutlich machen, dass diese Armutsschwelle schon auch ihre methodischen Probleme hat, trotzdem wird sie genutzt und es wichtig zur Vergleichbarkeit, aber bei der Vergleichbarkeit stellt sich immer die Frage, ob man beide Teile auch wirklich so miteinander vergleichen kann.

Einiges ist bei dem Thema Armut noch viel gravierender, weil die Zahlen, die wir haben, weniger zuverlässig sind. Wir haben hier in der Tabelle die Entwicklung des Einkommens in den Bundesländern in den sechs Jahren von 2005 bis 2011. An der Tabelle ist erkennbar, dass Bremen als Bundesland in der Entwicklung deutlich an der Spitze liegt. Wenn wir das mit den Durchschnittszahlen nach den Ländern aufteilen, merken wir, dass Bremen eine hohe Steigerung hat und auch im oberen Feld liegt. Wenn wir aber auch hier wieder im Städtevergleich schauen, dann ist die Zahl in Bremen dann doch nicht mehr so exorbitant, als wenn wir den Bundesländervergleich machen.

In Bremen ist eine deutliche Spreizung der Einkommen zwischen den Stadtteilen zu beobachten. Bezogen auf Menschen mit einem Einkommen über 125 000 Euro, das sind in Schwachhausen etwas mehr als 1 100 Menschen und in Gröpelingen sind es 22 Menschen. Das ist also eine sehr starke Spreizung der hohen Einkommen zwischen den einzelnen Stadtteilen.

Vor der Basis der Zahlen ist natürlich die Frage zu stellen, wie man mit dem Thema Armut umgehen kann und ob man die Einkommensarmut beseitigen kann. Nach meiner Meinung ist das auf lokaler Ebene sehr schwer bis unmöglich, man kann, wenn man Einkommensarmut verringern möchte, die wesentlichen Einkommen erhöhen. Das liegt nicht in der Hand der Bundesländer und auch nicht der Städte, wichtig dazu sind solche Dinge wie der Mindestlohn und Vollzeitstätigkeiten. Man kann als zweites den Zugang zur Erwerbsarbeit ermöglichen, dazu können die Bundesländer mit einer Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik einen gewissen Beitrag leisten, auch wenn man sehen muss, dass die Arbeitsplätze von Unternehmen und nicht von der öffentlichen Hand geschaffen werden.

Das Dritte ist natürlich, dass diejenigen, die nicht arbeiten können, ausreichende Zahlungen erhalten müssen, also Regelsätze, Rentenniveau und Kindergrundsicherung sind dort die Stichpunkte, das sind alle Maßnahmen die auch nicht auf Stadt- oder Landesebene realisierbar sind. Meine These ist deswegen, der wichtigste Punkt, den man auf lokaler Ebene umsetzen kann, sind die Handlungsmöglichkeiten vor allem im Bereich der verbesserten Teilhabe. Ich erinnere an den weiten Armutsbegriff, der zu der zu Beginn der Präsentation stand.

Jetzt zu der Frage, wie man konkret vorgehen kann! Ich möchte Ihnen gern zehn unterschiedliche Wege zeigen, wie man mit Problemen des Zusammenhalts umgehen kann, und werde dort auch schon ein paar Zahlen des Berichts einflechten.

Erstes Thema: Arbeitslosigkeit! In Bremen hat laut dem Bericht die Beschäftigung um 6 Prozent zugenommen, gleichzeitig ist die Zahl der Arbeitslosen etwas zurückgegangen. Das kann man durch eine aktive Wirtschaftspolitik flankieren, so wie sie auch im Strukturkonzept 2020 festgelegt ist. Die Arbeitslosigkeit in Bremen ist trotz des Rückgangs relativ hoch geblieben, sie liegt zwischen 11 und 12 Prozent. Dazu ist es sinnvoll und notwendig, die Vermittlungstätigkeit des Jobcenters zu intensivieren, das ist mit dem Projekt „Joboffensive“ für einen Teilbereich geschehen. Der nächste Punkt, ist der Bereich der Langzeitarbeitslosigkeit, dieser bereitet mir besonders Sorgen. Deren Anteil ist in Bremen hoch und verfestigt, und diesem Thema muss man in Zukunft meiner Ansicht nach verstärkte Aufmerksamkeit widmen.

Es gibt schon einige Instrumente, Stadtteilprogramme im Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramm (BAP), es gibt das Programm LOS, es gibt inzwischen auch das Programm BIWAQ, der Bund hat gerade in der vergangenen Woche entschieden, dass Bremen zu einem Fördergebiet gemacht wird. Es gibt also Programme, aber sie müssen verstärkt auf das Thema Langzeitarbeitslosigkeit ausgerichtet werden.

Trotz zurückgehender Zahlen ist auch das Thema Jugendarbeitslosigkeit weiterhin ein Problem, deswegen sind wir im Moment dabei, eine Jugendberufsagentur aufzustellen und eine Ausbildungsgarantie umzusetzen.

Der zweite Punkt ist besonders wichtig, das kann man allen Berichten entnehmen, Arbeitslosigkeit und Armut haben sich als statistische Werte entkoppelt! Die Arbeitslosigkeit ist zurückgegangen und die Armut ist trotzdem gestiegen. Das liegt an unzureichenden Arbeitseinkommen. Im Vergleich zu anderen Städten ist in Bremen ist die Zahl derjenigen, die einen Minijob haben und davon leben müssen, besonders hoch, das belegen immer wieder die Berichte der Arbeitnehmerkammer. Das sind in Bremen 145 000 Personen, und daran kann man auf Landesebene nur relativ wenig tun. Ein gewisser Beitrag, über den wir vielleicht auch noch diskutieren sollten, ist die Frage der verbesserten Kinderbetreuung, die es vor allem Alleinerziehenden besser ermöglichen soll, von einer geringen Beschäftigung in eine zeitlich höhere Beschäftigung zu wechseln.

Es gibt eine hohe Zahl von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Niedriglohnbereich, dazu hat Bremen ja das Landesmindestlohngesetz verabschiedet und auch den Mindestlohn auf Bundesebene unterstützt. Das soll ein Beitrag dazu sein, dort muss man sicherlich schauen, ob daraus tatsächlich ein Effekt entsteht. Außerdem ist es so, dass 15 000 Personen in Bremen Arbeitslosengeld bekommen, aber gar nicht arbeitslos sind. Deswegen ist es auch wichtig, diesen Personenkreis besonders in den Blick zu nehmen und dort versuchen, besondere Vermittlungsangebote des Jobcenters zu etablieren.

Abg. Frau Dr. Kappert-Gonther: Darf ich dazu eine Frage stellen? Wissen Sie ungefähr, wie viel diese 15 000 Menschen prozentual ausmachen von denen, die im SGB II Bezug sind?

Dr. Bronke: Das sind etwas über 70 000, rund 72 000 Menschen.

Abg. Frau Vogt: Die Arbeitnehmerkammer geht von 18 000 Leuten aus, die neben dem SGB II Bezug tätig sind.

Dr. Bronke: Das sind die Zahlen aus dem Jahr 2012, das kann immer ein bisschen schwanken. Bei der Gesamtzahl muss man natürlich berücksichtigen, dass dort auch die Sozialhilfeempfänger, sprich die Familienangehörigen, dabei sind. Diese sind nicht alle arbeitsfähig, sondern es wird etwas weniger als die Hälfte davon sein, so dass diese 15 000 oder auch 18 000 Personen doch eine relativ große Gruppe der Leistungsbezieher sind.

Dann hat der Bericht noch deutlich gemacht, dass vor allem Alleinerziehende und große Familien vom Armutsrisiko betroffen sind. Dabei ist es wichtig, diesen Personkreisen auch Unterstützungsangebote zu unterbreiten, wie sie im Moment in Quartierszentren, in Familienzentren und in den Häusern der Familie vorhanden sind. Außerdem schränkt Armut auch gerade für Familien Teilhabemöglichkeiten mit ein, in dem Zusammenhang sind wir ganz zufrieden damit, dass wir in Bremen relativ unbürokratisch das Bildungs- und Teilhabepaket ausgestattet haben und das Bundesland mit der höchsten Quote der Inanspruchnahme sind. Es gibt dafür das Stadtticket und inzwischen auch den Bremen-Pass, der ja zu einem Instrument ausgebaut werden soll, was insgesamt Teilhabemöglichkeiten in vielen Bereichen ermöglicht. Im Moment sind das im Wesentlichen das Bildungs- und Teilhabepaket und der Zugang zu Kultureinrichtungen.

Für Familien sind außerdem die frühen Hilfen und das Angebot von Familienhebammen wichtig - das Programm TippTapp ist im Jahr 2012 noch einmal erweitert worden -, also das aktive Zugehen auf Familien in schwierigen Lebenssituationen direkt nach der Geburt der Kinder.

Ein wesentliches Thema in Bremen ist auch die Frage der Überschuldung. 43 000 Haushalte sind im Land Bremen überschuldet, das ist eine hohe Zahl, die in Bremerhaven auch noch einmal wieder zugenommen hat, in der Stadt Bremen ist sie gleichgeblieben. Dazu gibt es natürlich die Schuldenberatungsstellen, aber es gibt

auch seit dem Jahr 2012 eine präventive Schuldnerberatung für diejenigen, die noch nicht im Leistungsbezug des SGB II sind, aber sozusagen in den Bezug kommen könnten. Denen soll präventiv geholfen werden. Im letzten Jahr hat es 600 Beratungen gegeben, das ist ein wichtiges präventives Angebot.

Das gilt auch für das Thema Jugendliche, inzwischen geraten ja schon viele von ihnen durch Handyverträge und andere Zahlungsverträge in die Schuldenfalle. Dabei ist es wichtig - wie es inzwischen in einzelnen Projekten, wenn auch noch nicht flächendeckend gemacht wird - deren Finanzkompetenz zu erhöhen.

Der fünfte Bereich ist das Thema Wohnen! Das ist ein sehr wichtiger Themenbereich, angesichts der angespannten Situation des Wohnungsmarkts in der Stadt Bremen, in Bremerhaven sieht es anders aus. Die Zahl der Sozialwohnungen ist in der Vergangenheit deutlich gesunken, Einzelheiten dazu können Sie dem Bericht entnehmen. Der Senat hat deswegen ein Wohnungsförderprogramm aufgelegt, das erste ist praktisch abgeschlossen und das zweite Programm ist gerade am Dienstag im Senat beschlossen worden, was dazu führt, dass jedes Jahr wieder 350 geförderte Wohnungen entstehen sollen. Damit wird der Rückgang der Zahl der Sozialwohnungen nicht vollständig, aber zu einem großen Teil kompensiert.

Außerdem sind in den Jahren, die wir jetzt ausgewertet haben, die Bestandsmieten gerade im preisgünstigen Bereich gestiegen, das ist auf Landesebene nur möglich zu steuern, wenn es auf Bundesebene dazu eine Ermächtigung gibt. Soweit ich weiß, hat das Bundeskabinett gerade gestern erst dazu im Koalitionsausschuss einen Gesetzentwurf verabschiedet, sodass ich glaube, dass sich daraus auch eine Möglichkeit ergibt, dass das Land Bremen dort eine Kappung der Mieten auf 10 Prozent oberhalb des Mietniveaus bei Neuvermietungen - es sei denn im Neubau - festsetzen kann.

Außerdem haben wir beobachtet, dass die Kosten der Unterkunft für Empfänger von Transferleistungen gestiegen sind, wir haben unsere Verwaltungsanweisung dementsprechend angepasst und ich glaube, Sie haben registriert, dass der Streit um dieses Thema auch deutlich zurückgegangen ist.

Bildung ist eine wesentliche Grundlage, vor allem individuell, um aus Armutslagen herauszukommen. Es gibt einen hohen Zusammenhang zwischen Armut und Bildungserfolg, dort ist immerhin die erhöhte Betreuungsquote der unter 3-Jährigen zu registrieren, sowie die Verstetigung der Schulsozialarbeit aus dem Haushalt des Landes Bremens - es gibt in jeder Schule Sprachberater und Unterstützungsstrukturen - und eine ganze Anzahl neuer Ganztagschulen. Mit der Schulabbrecherquote haben wir einen wesentlichen Indikator beobachtet, in den vergangenen Jahren konnte diese immerhin von 9,2 Prozent im Jahr 2007 auf 6,8 Prozent reduziert werden. Das ist sicher ein wichtiger Punkt, wie wir auch im ersten Armuts- und Reichtumsbericht schon sehr kritisch angemerkt haben.

Ein Thema, das im Moment noch nicht so dringlich ist, aber uns in Zukunft sehr stark beschäftigen wird, ist das Thema Altersarmut. Daran zeigt sich übrigens auch sehr deutlich, dass Standardantworten wie „Mehr Arbeit und Bildung gegen Armut“ eben nur Standardantworten sind und dieses Themenfeld nicht erreichen. Das hilft dort nämlich nur über Jahrzehnte. Wir haben eine große Zahl von Renten, die nicht existenzsichernd sind, dementsprechend steigt in den vergangenen Jahren die Zahl der Grundsicherungsempfänger, und das tut es im Moment auch weiterhin. Das lässt sich nur durch existenzsichernde Renten auf Bundesebene verhindern, wenn man weiterhin damit rechnet, dass die Zahl der Grundsicherungsempfänger steigt.

Teilhabechancen heißt aber eben auch in der Situation nicht nur Geld, sondern es bedeutet auch Einsamkeit und Hilfsbedürftigkeit, deswegen ist es wichtig, auch diese Bereiche kommunal in den Blick zu nehmen. Wir haben im Sozialressort das Projekt der aufsuchenden Altenarbeit inzwischen in mehreren Stadtteilen etabliert, und es gibt eine Beratungsstelle für gemeinschaftliche Wohnformen, der ich noch mehr Nachfrage wünsche als sie momentan hat.

Die Zahl der Pflegebedürftigen steigt auch durch das steigende Lebensalter, dazu gibt es die Bremer Pflegeinitiative, die den Berufsnachwuchs in diesem Bereich sichern möchte. Wir haben als Ressort haben in den vergangenen Jahren die Ausbildungsplätze deutlich gesteigert, und streben für die nächste Zeit sogar eine Erhöhung auf 250 Ausbildungsplätze an, wenn es uns gelingt, auch anderen Finanziers, wie zum Beispiel ESF, heranzuziehen.

Jetzt komme ich langsam zum Schluss! Menschen mit Behinderungen! Es sind 62 000 Menschen im Land Bremen schwerbehindert oder zumindest als solche registriert, vielleicht gibt es auch noch mehr. Deren Teilhabe wird durch zahlreiche Barrieren - nicht nur baulicher Art - erschwert. Es gibt inzwischen die UN-Konvention, die uns zu einer Inklusionspolitik verpflichtet. Wir haben jetzt den Landesaktionsplan zur Umsetzung dieser Konvention fertiggestellt, und es gibt auch schon - das kann man in dem Plan im Detail nachlesen - Erfolge durch das inklusive Schulsystem mit dem Ergebnis, dass zwei Drittel aller Schülerinnen und Schüler mit einer Behinderung schon in Regelschulen unterrichtet werden. Über die Qualität gibt es in den zuständigen Deputationen bestimmte Debatten, aber die Zahl ist erst einmal schon beeindruckend.

Ein Punkt, der uns auch in den letzten Wochen sehr stark beschäftigt hat, ist das Thema Flüchtlinge, auch das ist ein Armutsproblem. Die Zahlen, die ich hier jetzt stehen habe, sind immer noch nicht aktuell, Sie wissen ja, dass in den ersten beiden Monaten dieses Jahres die Zahl noch einmal weiter gestiegen ist. Wir haben dazu ein Gesamtkonzept vorgelegt, wir haben sehr intensiv daran gearbeitet, die Vermittlung von Flüchtlingen in Wohnraum zu steigern. Das waren im vergangenen Jahr fast 1 000, aber wenn Sie sehen, wie viele Personen zu uns kommen, muss dort noch mehr passieren.

Ungefähr 4 500 Personen bekommen Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, das ist jetzt die Zahl für die Stadt Bremen, Bremerhaven käme noch hinzu, und wir haben eine wesentliche Sache erreicht, wir haben nämlich für die gesundheitlichen Hilfen die Krankenversicherungskarte entwickelt, die alle Asylbewerberinnen und Asylbewerber im Land Bremen bekommen, mit der sie normale Krankenversicherungsleistungen in Anspruch nehmen können und die mit den Krankenkassen abgerechnet werden. Andere Bundesländer wollen das inzwischen auch übernehmen.

Letzter Punkt! Die Armut in den Städten Bremen und Bremerhaven ist ungleich verteilt. Ich habe hier noch einmal die Zahlen für die Stadt Bremen stichwortartig aufgelistet. Die Einkommen in den Stadtteilen, soweit wir sie ermitteln können, schwanken zwischen 18 000 Euro im Bremer Westen und 108 000 im Stadtteil Horn. Die Arbeitslosigkeit schwankt zwischen 3 und 31 Prozent, in einem Stadtteil gibt es praktisch

keine Altersarmut, in anderen Stadtteilen ist sie hoch. Gleiches gilt auch für die Kinderarmut, wenn man sie daran misst, wie viele Kinder SGB II Leistungen erhalten. Wenn man sich den Sprachförderbedarf bei Schuleintritt anschaut, schwankt dieser sehr stark, und auch die Quote derer, die ein Abitur machen, schwankt in den Stadtteilen zwischen 15 und 87 Prozent.

Das sind Zahlen, die Sie alle kennen, aber wenn man sie so einmal zusammenträgt, zeigen sie noch einmal, dass es das Thema soziale Segregation tatsächlich gibt. Dafür gibt Handlungsmöglichkeiten auf lokaler Ebene, zum Beispiel das Programm Wohnen in Nachbarschaft (WiN), das wir durchführen und wofür die Mittel auch erhöht worden sind. Wichtig ist eine lokale Beschäftigungsförderung, die noch gesteigert werden kann. Der Wohnungsbau trägt zur sozialen Durchmischung bei, da ist die 25 Prozent-Quote als Positivum zu nennen. Wir haben einmal nach einem Programm versucht, die Ressorts stärker auf Stadtteilgesichtspunkte hinzuweisen, das ist Projekt „Zusammen gegen Armut und Benachteiligung“ (*ZugABe*), was ich, wenn es gewünscht ist, näher erläutern kann, und es werden Quartierszentren gebaut, ein neues entsteht gerade in Huckelriede.

Letzter Punkt: Nach meiner Ansicht geht es auf Bundesebene darum, insbesondere für ausreichende und gut bezahlte Arbeit zu sorgen, dass die Transferleistungen bedarfsgerecht sind und dass es eine ausgleichende Steuerpolitik gibt.

In unseren beiden Städten geht es vor allem darum, die Teilhabe in den Lebensbereichen zu verbessern und das ist nicht nur eine Aufgabe von Senatsressorts, sondern es geht in einem Bündnis aller Beteiligten darum, den sozialen Zusammenhalt zu stärken. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Abg. Dr. vom Bruch: Ganz herzlichen Dank, Herr Dr. Bronke! Es ist tatsächlich so, dass wir auch mit den einen oder anderen Zahlen, die Sie benannt haben, hier in dem Ausschuss schon operiert haben. Manchmal ist es aber in einer Gesamtschau sehr eindrucksvoll, um sich noch einmal zu vergegenwärtigen, wie auch in einem Mikrokosmos Bremen sich die Lebensverhältnisse mit sehr verschiedenen Kennziffern voneinander unterscheiden. Nicht nur, was materielle Armut respektive Reichtum ausmacht, sondern eben auch, was Kennziffern in Bezug auf Bildung ausma-

chen, die dann ja möglicherweise ein Indiz dafür sind, wie sich bestimmte Dinge dann nicht nur in der Gegenwart darstellen, sondern auch in der Zukunft sich entwickeln werden.

Ich habe eine erste Wortmeldung und würde jetzt Fragen im Ausschuss zunächst einmal freigeben, und würde um weitere Wortmeldungen bitten. Frau Vogt, dann folgt Frau Dr. Kappert-Gonther. Als Erster hat das Wort Herr Röwekamp!

Abg. Röwekamp: Vielen Dank, Herr Dr. Bronke! Ich glaube, die politische Debatte über den Zustandsbericht brauchen wir hier nicht zu wiederholen. Der Armuts- und Reichtumsbericht wird breit diskutiert und politisch begleitet werden, deswegen müssen wir die einzelnen Zahlen nicht noch einmal diskutieren.

Ich möchte gleichwohl zwei Aspekte kurz ansprechen. Meines Erachtens müssen wir in der Landes- und Kommunalpolitik nicht schwerpunktmäßig und nicht nur über Teilhabe sprechen. Einer Diskussion nach dem Motto, dass Reichtums- und Armutsdebatten nur auf Bundesebene zu führen seien, möchte ich nachhaltig widersprechen. Es gibt Instrumente, wie wir über Teilhabe hinaus Armutsbekämpfung in Bremen und Bremerhaven durchführen können. Ihre vorherige Präsentation hat ja auch viele Beispiele dafür genannt und über die Teilhabe hinaus entsprechende Vorschläge gebracht.

Ich möchte sagen, dass mich der zweite Punkt, die Frage der verstetigten Langzeitarbeitslosigkeit, besonderes umtreibt. Ich bin nämlich der Auffassung, dass, trotz des Einflusses der Kommunen und dem Land, dieser Armutsfaktor einer der wichtigsten ist, dem wir unsere Aufmerksamkeit widmen müssen. Wir haben auch mit dem Leiter des Jobcenters hier im Ausschuss über den hohen Anteil von Langzeitarbeitslosen über diesen langen Zeitraum diskutiert. Seine Antwort war, dass die Maßnahmen wirken, dass immer ein paar Menschen aus der Langzeitarbeitslosigkeit herauskommen aber neue Langzeitarbeitslose nachwachsen.

Fernab jetzt zu der Frage, ob es richtig ist, den Bestand der Langzeitarbeitslosigkeit noch mit der wirtschaftlichen Strukturkrise des Landes zu verbinden, stellt sich die Frage nach den Ursachen. An der Werftenkrise kann es ja nicht mehr liegen, dass

jetzt noch jemand in die Langzeitarbeitslosigkeit nachwächst. Das muss offensichtlich andere Ursachen haben. Deswegen interessiert mich ihre Einschätzung zu dieser Frage. Ich habe den Eindruck, dass die Zunahme an sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen im Wesentlichen an den Langzeitarbeitslosen, wenn nicht an den Arbeitslosen überhaupt, vorbeigegangen ist. Was nützen uns also viele neue sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse, wenn es uns damit nicht gelingt, den Bestand an Langzeitarbeitslosen zu verringern?

Die zweite Frage, die sich anschließt ist: Wir haben in den letzten Monaten eine ganze Menge über Jobcenter diskutiert. Ich kann mich noch gut daran erinnern, dass wir als Bremer gemeinsam auch dafür gekämpft haben, dass es diese gemischte Zuständigkeit von Kommune und Arbeitsagentur gibt, also diese Art der zusammengefassten Behörde. Mein Eindruck ist allerdings, dass der Einfluss der Kommune, insbesondere der politische Einfluss der Kommune, auf das, was im Jobcenter passiert, tatsächlich in keinem Verhältnis zu dem steht, was wir uns davon versprochen haben. Ich erlebe ganz viele Einzelfälle, bei denen ich sage, dass es doch nicht wahr sein kann, was das Jobcenter dort macht. Wir diskutieren darüber, wie kann ein Jobcenter kurz vor der Vorlage eines solchen Armuts- und Reichtumsbericht Geld zurücküberweisen, weil es keine Maßnahmen durchgeführt hat. Es gibt also eine ganze Vielzahl von Debatten an dieser Schnittstelle.

Wenn es nur um die Agentur für Arbeit ginge, dann müsste man sagen, dass wir kapitulieren und in Berlin oder Nürnberg protestieren, aber es ist ja eine gemischte Einrichtung. Deswegen meine Frage, in welcher Weise Sie Einflussmöglichkeiten auf Verwaltungsseite sehen, wie wir das, was im Jobcenter stattfindet, noch besser kompatibel machen können mit dem, was wir an politischen Herausforderungen für die Verringerung von Langzeitarbeitslosigkeit haben, also auch die Arbeitslosigkeit allgemein.

Ich möchte eine abschließende Bemerkung machen! Ich glaube, uns als politische Vertreter wird die Frage zu interessieren haben, wie wir auf die Arbeit des Jobcenters Einfluss nehmen können? Auch dort gilt, wir sind als Kommune dabei. Aber das, was da stattfindet, entzieht sich in weiten Teilen der politischen Kontrolle, abgesehen beispielsweise von Jahresberichten in der Wirtschafts- und Arbeitsdeputation und von beschäftigungspolitischen Aktionsprogrammen, die wir selber steuern. Aber das, was

operativ im Jobcenter jeden Tag gemacht wird, was über Armut und Teilhabe ganz maßgeblich entscheidet, ist der politischen Kontrolle durch die Bremische Bürgerschaft weitgehend entzogen. Ich habe ein Interesse daran, dass wir Modelle entwickeln, damit wir in diesem Zusammenhang noch stärker inhaltlich Einfluss nehmen können.

Abg. Dr. vom Bruch: Herzlichen Dank! Ich habe jetzt noch vier weitere Wortmeldungen von Frau Vogt, Frau Dr. Kappert-Gonther, Herrn Dr. Güldner und ich selbst stehe auch noch auf der Rednerliste. Ich würde sagen, wir lassen noch zwei weitere Wortmeldungen zu, und dann möchten ich Ihnen, Herr Dr. Bronke, noch einmal Gelegenheit geben zu antworten.

Abg. Frau Vogt: Auch von meiner Seite erst einmal vielen Dank! Wir haben bestimmte Dinge im Ausschuss sehr ausführlich diskutiert, sowohl auf der Landesebene, als auch auf der Ebene der Analyse von Entstehung von Armut. Es geht mir ähnlich wie dem Kollegen Röwekamp, ich sehe die Handlungsmöglichkeiten des Landes auch durchaus weitergefasst, als das, was Sie dort auf der letzten Folie zusammengefasst haben. Wenn man sich diesen Befund anschaut hinsichtlich der Gründe für die Verstetigung von Armut, dann erinnern wir uns an die ersten beiden Sitzungen, vor allem an die erste Sitzung. Sie hatten eine Folie mit dem Titel „Arm trotz Arbeit“, aber im Grunde könnte man natürlich durch die ganze Hartz-Gesetzgebung, eben die vorgelagerten Gesetze, inzwischen fast sagen, man sei arm durch Arbeit und nicht trotz Arbeit.

Die zweite Sache ist natürlich die Frage der Bildungsbeteiligung, denn das ist ja nun einmal ausschließlich Landesaufgabe. Bei allen anderen Dingen sehe ich es auch so - wie bei der Steuergerechtigkeit, die auch zu den regionalen Disparitäten in Bremen führt - das man auf Bremer Ebene wenig zurückdrehen kann.

Wenn ich aber an diese beiden Punkte gelange, „Arm durch Arbeit“ und „Bildungsbeteiligung“, also die originären Landesaufgaben, dann hätte ich mir in dem ganzen Bericht noch ein bisschen mehr ortsteilbezogene Genauigkeit gewünscht, und zwar aus einem Grund: Wenn die Situation im Bund so bestehen bleibt, dass sich mittelfristig an der Steuerfrage nichts ändert, dann haben wir in Bremen nur eingeschränk-

te Ressourcen zur Verfügung. So naiv bin auch ich als Linke nicht zu denken, ganz tief in die Tasche greifen und flächendeckend Maßnahmen ergreifen zu können, deswegen komme ich auf die ortsteilbezogene Genauigkeit.

Wenn man sich die Zahlen nämlich noch einmal anschaut, gibt es Ortsteile, in denen die Bildungsbeteiligung noch viel gravierender unter dem Bremer Schnitt ist, als es der Armuts- und Reichtumsbericht hergibt. Das finde ich für diese Diskussion aber wichtig und das wünsche ich mir für den endgültigen Entwurf, denn wir müssen im Grunde politisch durchsetzen, dass die zusätzlichen Ressourcen, die bereitgestellt werden müssen, gezielt in frühkindliche Bildung und auch in Qualifizierung investiert werden. Meiner Meinung nach müssen wir diese Diskussion auch fraktionsübergreifend so führen, dass wir die Mittel ganz gezielt in die Ortsteile hineingeben, in denen die Armutsgefährdung, die reale Armut und auch die Schwierigkeiten am größten sind. Deswegen wünsche ich mir für den endgültigen Bericht noch etwas mehr Genauigkeit hinsichtlich der Ortsteilzahlen, denn das wird ja unser Maßstab sein, nach dem wir zu entscheiden haben.

Der zweite Punkt „Arm durch Arbeit“! Da stellt sich mir natürlich auch die Frage der kommunalen Verantwortung. Die Punkte zum Jobcenter, die der Kollege Röwekamp eben erwähnt hat, kann ich eigentlich auch nur unterstützen!

Ein ganz kurzer Hinweis: Wir hatten gestern den Ausschuss „Berufliche Bildung“ und es ging um die Jugendberufsagentur, die ja die Jugenderwerbslosigkeit verhindern soll. Bei der Frage der Ausgestaltung mit dem Jobcenter und der Frage der Sanktionsfreiheit, sagte Frau Seevers als zuständige Abteilungsleiterin, dass es mit dem Jobcenter keine Einigung gebe. Ich finde, das kann nicht sein, und da müssen wir als Politiker auch einfach - - (Zwischenruf) - - . So hat sie es gestern gesagt! Sie hat gesagt, es gibt Vereinbarungen, aber diese seien nicht schriftlich festgehalten. Also sind sie im politischen Raum nicht zu überprüfen, das muss einmal klar so sagen!

Wenn wir vor dem Start der Jugendberufsagentur keine Vorlage haben, aus der ganz eindeutig hervorgeht, welche Vereinbarungen getroffen worden sind, dann haben wir im politischen Raum keine Möglichkeiten, die Umsetzung beziehungsweise die Einhaltung dieser Vereinbarungen zu überprüfen. Das muss man hier auch einmal festhalten, das ist nämlich die parlamentarische Kontrolle, die dort ausgehebelt wird.

An dem Punkt möchte ich aber gar nicht weitermachen, mein Thema war „Arm durch Arbeit“! Ich möchte noch einmal daran erinnern, dass es dabei auch eine kommunale Verantwortung gibt. Ich möchte, dass auch diese in dem Bericht zu Kenntnis genommen wird.

Abg. Dr. vom Bruch: Danke! Als Nächste hat das Wort Frau Dr. Kappert-Gonther.

Abg. Frau Dr. Kappert-Gonther: Ja, vielen Dank. Ich möchte einen gesundheitspolitischen Aspekt ergänzen. Sie hatten ja gesagt, Armut sei auch mangelnde Teilhabe, zum Beispiel am Gesundheitssystem. Das ist auch etwas, das wir ganz häufig vergessen, das auch für große Städte - zum Beispiel auch für Bremen - gilt. In Bremen ist der Zugang zur gesundheitlichen Versorgung nicht in allen Stadtteilen gleichermaßen sichergestellt und auch nicht gerecht verteilt, und wenn wir wissen, dass Armut krank und Krankheit arm macht, muss man das, wenn man armutspräventiv agieren möchte, unbedingt berücksichtigen.

Das ist ein Aspekt gesundheitspolitischer Art, und der zweite ist: Insbesondere auch der Zugang zu Arbeit ist häufig eingeschränkt durch gesundheitliche Einschränkungen. Das gilt insbesondere für Menschen mit psychischen Erkrankungen, die ja nicht automatisch alle schwerbehindert sind, und dann in diese Kategorie fallen, sondern viele psychisch Kranke könnten arbeiten, wenn man ihnen entsprechende Möglichkeiten schaffen würde, die vielleicht etwas anders gelagert wären als Standardarbeitsplätze. In dem gesamten Bereich der Arbeit und der Beschäftigung für psychisch Kranke könnten wir in Bremen noch deutlich mehr tun.

Abg. Dr. vom Bruch: Herr Dr. Bronke, wir hatten gesagt, drei Wortmeldungen wollen wir zulassen und Ihnen dann die Gelegenheit geben, diese aus Ihrer Sicht zu kommentieren.

Dr. Bronke: Ja, gerne! Der Bereich Arbeit ist in der Tat ein zentraler Bereich. Die Schwierigkeit besteht darin - um auf das Thema Jobcenter zu kommen - dass wir als Kommune zwar an der Trägerversammlung beteiligt sind - ich bin einer der drei Vertreter -, aber dass die Trägerversammlung nur so etwas ist wie ein Aufsichtsrat. Sie

kennen die Problematik von Aufsichtsräten: Sie dürfen nicht im operativen Tagesgeschäft tätig sein, so ist es dort auch. Ich fang mal mit dem Positiven an: Der Bereich Transferleistungen wird kommunal finanziert und ist durch uns steuerbar. Da erstellen wir eine Verwaltungsanweisung - Kosten der Unterkunft - und sie wird in der Regel auch befolgt. Da müssen wir auch ein bisschen nachhaken, wie das bei großen Organisationen so ist, aber das klappt.

Der gesamte Bereich der Arbeitsmarktpolitik und der Eingliederung hingegen wird von der Bundesagentur gesteuert, da kann die Trägerversammlung nicht eingreifen. Meines Erachtens kann man das strategisch nur beeinflussen, indem man gemeinsame Programme des Jobcenters, der Arbeitsagentur und des Landes Bremen entwickelt. Dann hat man Mitsprachemöglichkeiten durch eigenes Geld. Ansonsten ist meine im Rahmen dieser Trägerversammlung gewonnene Erfahrung, dass das ein schwer zu bohrendes Brett ist, sich in die Angelegenheiten der Arbeitsagentur - so wird das dann auch genannt - einzumischen. Dieses Konstrukt der gemeinsamen Einrichtung ist aus meiner Sicht ein sehr kritisches. Ich habe es damals richtig gefunden, weil es keine Alternative dazu gab, aber die Einflussmöglichkeiten, die wir auch als Vertreter des Senats in diesem Gremium haben, sind begrenzt auf die Bereiche, in denen wir selber auch das Geld zahlen. Deswegen sind sie begrenzt auf einen Teil der Transferleistungen, wie die Unterkunftskosten. Im Bereich der Arbeitsmarktpolitik geht das nicht über das Instrument der Trägerversammlung, sondern nur über gemeinsame Programme des Landes mit den Jobcentern.

Was die Frage der Langzeitarbeitslosigkeit angeht, gibt es das schwer lösbare Problem, dass es ein Mismatch, also eine Nichtentsprechung zwischen den vorhandenen Qualifikationen der Arbeitslosen und den Anforderungen der Unternehmen, gibt. Es ist schwierig, auf Seiten der Unternehmen anzusetzen. Meines Erachtens muss auch darüber nachgedacht werden, ob die Anforderungen realistisch sind, und es muss nach den Qualifikationen der Langzeitarbeitslosen geschaut werden. Hier bedarf es einer Brücke zwischen beiden Bereichen, und es muss entsprechende Beschäftigungsmöglichkeiten geben. Bei meiner Forderung nach einer Möglichkeit einer Brückenbauenden Beschäftigung nehme ich auch den Personenkreis der psychisch Kranken mit hinzu. Diese Möglichkeit muss sich aber auch der Realität stellen: Es gibt unter den Langzeitarbeitslosen eine große Zahl von Menschen, die nicht inner-

halb von ein oder zwei Jahren in den Arbeitsmarkt zu vermitteln sein werden, vielleicht nimmt ihre Vermittlung auch noch deutlich mehr Zeit in Anspruch.

Wir beobachten in den letzten Jahren, dass die Anzahl der öffentlich geförderten Arbeitsplätze sehr stark zurückgegangen ist. Vor ein paar Jahren waren es noch über 3 000, jetzt sind es nur noch gute 1 000. Das hat sehr viel zu tun mit der Politik der Bundesagentur für Arbeit und der vorherigen Bundesregierung, die Gelder sind ja um 41 Prozent gekürzt worden.

Ich will an dieser Stelle aber gar keine Schuldzuweisung vornehmen, sondern ich will sagen: Wenn man diese Brücke bauen will, muss man an dieser Stelle auch etwas investieren. Man kann nicht nur schlicht sagen, der Beratungsprozess des Jobcenters klappe nicht, denn die Qualifikationsanforderungen und die tatsächlichen Qualifikationen liegen teilweise so weit auseinander, dass man irgendetwas dazwischen machen muss. Meiner Ansicht nach sind allerdings nicht nur Bildungsangebote gefragt - Führerschein und Staplerschein und Ähnliches -, sondern auch Möglichkeiten, wo sich Menschen in Beschäftigung, in marktähnlichen Verhältnissen ausprobieren und weiter qualifizieren können, so dass sie später auch tatsächlich einen Arbeitsplatz finden. Das ist eine anspruchsvolle Aufgabe, aber ich glaube, wenn man an das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit heran will, muss man auf dem Feld tätig werden.

Bei dem Thema „Arm durch Arbeit“ spielen die 450-Euro-Jobs eine zentrale Rolle, also Harz III. Das ist aber nun einmal eingeführt worden, und die Schwierigkeit liegt darin, dass das sowohl für die Betroffenen, die damit arbeiten, als auch für die Unternehmen eine interessante Lösung ist. Es gibt viele Betroffene, die sagen, dass es genau auf ihre Lebenssituation passe, und es gibt viele Unternehmen, die sagen, dass es genau auf ihre Bedarfe passe. Ich würde mir das Leben leicht machen, wenn ich sagen würde, man solle die 450-Euro-Jobs doch in regelmäßige Vollzeitarbeitsplätze überführen. Das wäre theoretisch richtig, aber praktisch so nicht umsetzbar, zumal ein Wechsel aus einem 450-Euro-Job in eine umfangreichere Beschäftigung eigentlich erst bei höheren Bezahlungen attraktiv wird.

Da liegt das Problem, aber an dieser Stelle gibt es keine einfache Lösung, sondern da muss man tatsächlich durch andere Rahmenbedingungen an mehreren Faktoren ansetzen. Es gibt eine Vielzahl an Untersuchungen darüber, warum zum Beispiel alleinerziehende Frauen nicht mehr arbeiten. Das hängt nicht nur an der Kinderbetreuung, sondern auch an verfügbaren Arbeitsplätzen und so weiter. Da muss man an mehreren Faktoren ansetzen.

Was die ortsteilbezogene Genauigkeit angeht, kann ich nur auf Teil vier des Berichtsentwurfs verweisen, da arbeiten wir auf Ortsteilebene und haben auch die von Ihnen beschriebenen Disparitäten in aller Klarheit ausgedrückt. Wer daraus politische Konsequenzen ziehen will, kann das tun. Ich bin schon fast der Auffassung, Ortsteile seien eine zu kleine Größe für Maßnahmen, denn die Menschen ziehen um oder melden ihre Kinder andernorts an, und solche Ereignisse muss man auch berücksichtigen. Die Zielgenauigkeit von Maßnahmen ist dann erst der zweite Punkt, zunächst muss man feststellen, wo die Probleme liegen, und dann muss man darauf achten, dass die Maßnahmen auch tatsächlich dort eintreffen, wo sie sein sollen.

Wir haben auch versucht, die Gesundheitspolitik zu beschreiben. Der Stellenwert regionaler Angebote ist hoch, Gesundheitstreffe zum Beispiel sind enorm wichtig, weil sie zielgenau Menschen, die sonst Schwierigkeiten beim Zugang zu gesundheitlicher Versorgung haben, Zugangsmöglichkeiten verschaffen. Wir haben seit dem ersten Armuts- und Reichtumsbericht die humanitäre Sprechstunde eingeführt, die für einen großen Personenkreis eine wichtige Zugangsmöglichkeit darstellt. Die Steuerung der ärztlichen Versorgung ist natürlich schwierig, das können wir nicht leisten.

Da müssen wir im Moment mit der Realität leben, dass wir das nicht ändern können. Diesbezüglich müssen wir einfach denen, für die der Zugang schwer ist - seien es Papierlose, seien es Flüchtlinge, oder seien es auch einkommensarme Menschen in den Stadtteilen - durch maßgeschneiderte Angebote wie zum Beispiel unsere Karte helfen.

Abg. Dr. vom Bruch: Herzlichen Dank, Herr Dr. Bronke. Ich würde jetzt gern noch eine zweite Runde zulassen. Ich habe aus dem Kreis des Ausschusses noch zwei

Wortmeldungen, eine kommt von Dr. Güldner, eine von mir. Anschließend eröffne ich dann die Diskussion, dann hätten Sie, Herr Gerecke, auch das Wort. Herr Dr. Güldner!

Abg. Dr. Güldner: In allen Formen, in denen wir uns jetzt mit dem Thema befassen, hat man oft einen fachspezifischen Blick auf unterschiedliche Themen, so wie wir uns unterschiedliche Bereiche noch einmal angeschaut haben, wie zum Beispiel Arbeitsmarkt, Gesundheit und so weiter. Der Bericht hat insofern einen Vorteil gegenüber dieser Herangehensweise, als dass er eine Gesamtschau vornimmt, da alle Ressorts etwas dazu beigetragen haben.

Mich interessiert die Frage, zu der man eigentlich am Ende kommen muss, wenn man so einen Ausschuss wie unseren zu einer Bilanz bringt: Kann man - bezogen auf das Verhältnis zwischen den unterschiedlichen Maßnahmen und Projekten - unterscheiden zwischen dem, was wirklich Armutsprävention und -bekämpfung und was eher Armutsfolgenlinderung ist? Bekommt man bei der Gesamtschau des Berichts möglicherweise ein Gefühl dafür und entstehen daraus Denkanstöße, dieses Verhältnis mit Blick auf die Zukunft zu verändern?

Abg. Dr. vom Bruch: Jetzt stehe ich selber auf der Rednerliste. Ich muss einmal ein wenig nachdenken, damit meine Erwiderung nicht zu scharf wird.

Herr Dr. Bronke, ich hatte beim Lesen des Berichts etwas den Eindruck, dass ein wenig auch Selbstzufriedenheit und Rechtfertigung mitschwingen. Sie haben durch Ihrer Ausführungen ein wenig den Eindruck erweckt, der monetäre Bereich sei etwas, das wir weitgehend nicht in der Hand hätten, und Sie auf diesen oder auf jenen verwiesen haben. Das mag ein Stück weit zutreffen, meines Erachtens war damit dieser Teil sehr schnell abgeschlossen, das ist aber auch schon angesprochen worden.

Was Sie in meinen Augen nicht so ganz erklären können, ist für mich etwas anderes. Nicht begründet haben Sie, und der Bericht begründet es ebenfalls nicht, warum wir uns eigentlich in Bremen seit einer langen, langen Zeit trotz einer relativ günstigen Entwicklung von Rahmenbedingungen - Klammer auf: zum Beispiel Arbeitsmarkt - in

dieser doch signifikanten Situation der Spirale abwärts befinden. Warum wir uns nicht nur selbst in einer Spirale abwärts befinden, sondern uns in Relation zu anderen Gemeinwesen, insbesondere im Süden, aber gegenüber anderen Bundesländern im Osten und auch im Westen, langsam anfangen, abzukoppeln.

Mir fehlt in diesem Bericht und in Ihren Ausführungen ein wenig die Perspektive. Ich habe gesagt: Selbstzufriedenheit: Sie haben eine Reihe von Maßnahmen genannt, die der Senat auf den Weg gebracht hat. Das will ich an dieser Stelle auch gar nicht kommentieren, da könnte man zu dem einen oder anderen Punkt sicherlich auch aus Sicht des Ausschusses und dem, was wir in der Vergangenheit schon debattiert und diskutiert haben, eine Menge sagen. Mir fehlt eine Perspektive zu dem, was jetzt kommt, was daraus folgt, was zukünftig auf den Weg gebracht werden soll, was weitere Tendenzen des Sich-Abkoppelns von bestimmten Entwicklungen angeht.

Deshalb hinterlässt mich dieser Bericht nicht vollständig befriedigt, weil ich nicht den Eindruck habe, dass in Bezug auf diesen Bericht nun allzu viel folgt. Der Bericht ist sicherlich eine sehr fleißige und eine sehr akribische sowie sehr wertvolle und wichtige Aufarbeitung von Situationen, aber die Perspektive ist mir ein wenig unklar. Ich würde empfehlen, dass auch aus Sicht des Senats ein bisschen proaktiver, ein bisschen innovativer, ruhig auch ein bisschen kleinteiliger geschaut wird, wo im Besonderen die Situation verbessert werden kann, und nicht zu sehr darauf zu vertrauen, dass das, was man möglicherweise auf den Weg gebracht hat, nun auch allein seligmachend ist und diese Trendwende, die wir unbedingt brauchen, auf den Weg bringt.

Ich bin sehr in Sorge, dass die Trendwende nicht geschafft wurde und mit dem, was durch den Bericht auf den Weg gebracht wird, auch perspektivisch so nicht - jedenfalls nicht sehr zeitnah - zu erwarten ist. Deshalb glaube ich, dass dieser Bericht ein bisschen zu wenig Aktivität und ein bisschen zu viel Beschreibung enthält. Das ist etwas, was einen Unterschied zwischen dem Bericht und dem, was der Ausschuss hier für einen Anspruch hat, ausmacht. Wir werden sicher in diesem Ausschuss nicht dazu kommen, alle Facetten von Armut auch in dieser Stadt auszuleuchten, aber sich auf den Weg zu machen und etwas konkretere Vorschläge zu machen, das fände ich schon wichtig. Das ist das, was mir in diesem Bericht fehlt.

Abg. Dr. vom Bruch: Herr Gerecke!

Herr Gerecke: Ja, vielen Dank, dass ich hier Fragen zu dem Bericht stellen darf. Reichtum gibt es ja nur, weil es Armut gibt, und umgekehrt gibt es Armut ja auch nur, weil es Reichtum gibt. Der Bericht heißt ja Armut und Reichtum in Bremen, und da habe ich drei, vier Fragen zu diesem Bericht.

Im dritten Abschnitt werden Auswirkungen von Armut auf gesellschaftliche Gruppen beschrieben. Warum werden nicht auch Auswirkungen von Reichtum beschrieben?

Im fünften Abschnitt heißt es: „Entwicklung der zentralen Armutsindikatoren von 2007 bis 2012“. Warum nicht die von Reichtum?

Auf Seite 267 wird unter der Überschrift „Reichtum“ die Entgeltlücke aufgeführt - die Entgeltlücke in der Bezahlung von Frauen, unter der Überschrift Reichtum!

Im Anhang werden Verfahren der Armutsmessung ausgeführt, warum nicht der Reichtumsmessung?

Abg. Dr. vom Bruch: Herr Dr. Bronke, jetzt haben Sie Gelegenheit, zu dieser Runde Stellung zu nehmen, und dann würde ich die Rednerliste zu diesem Tagesordnungspunkt auch schließen, wenn ich keine weiteren Wortmeldungen sehe.

Dr. Bronke: Die letzten Fragen lassen sich relativ leicht beantworten. Wir haben das zwar nicht immer in der Überschrift ausgewiesen, aber die Auswirkungen von Reichtum ergeben sich oft indirekt. Wenn Sie sich zum Beispiel anschauen, wie sich die Lebenserwartung in den Stadtteilen entwickelt hat, sehen Sie einen Zusammenhang zwischen reichen Stadtteilen und hoher Lebenserwartung - insbesondere bei uns Männern - und zwischen armen Stadtteilen und geringer Lebenserwartung. Es ist immer versucht worden, diese Zusammenhänge integrativ und nicht in der Überschrift zu beschreiben. Ich glaube, dass wir im vorderen Teil auch zu der Problematik der Reichtumsmessung etwas gesagt haben. Das überprüfen wir aber noch einmal, wir sind zurzeit ja noch in der Phase, in der wir Fragen und Ideen aufnehmen, und

dem werden wir uns noch einmal widmen. Genauso wollen wir versuchen, die neuen Erkenntnisse, die heute zustande kommen, auch mit in den Bericht aufzunehmen; noch ist es ja ein Berichtsentwurf.

Wir haben uns zum Beispiel die Programme der Parteien angeschaut, und ihr Maßstab wird auch in vielen Programmen nicht eingelöst. Wie ist es denn mit dem Thema Altersarmut? Man kann Armut nicht insgesamt betrachten. Wie ist es beim Thema Altersarmut? Was ist da die kommunale Handlungsmöglichkeit? Das müssen sie mir einmal erklären. Wenn die Renten zu gering sind, und man daran nur über einen Zeitraum von 20, 30 oder 40 Jahren hinweg etwas durch Arbeit und Bildung verändern kann, wie können wir die Altersarmut der nächsten Generation auf Landesebene bearbeiten? Das können wir nicht.

Wir können nur die Menschen mit einem geringen Renteneinkommen dadurch unterstützen, dass wir die Grundsicherung möglichst diskriminierungsfrei auszahlen und ihnen im Alter eine gute Versorgung anbieten, wenn sie hilfe- oder pflegebedürftig sind, sowie ihnen Kommunikationsmöglichkeiten bieten, wie zum Beispiel durch unsere Begegnungsstätten.

Das lässt sich für viele Bereiche der Armut sagen. Deswegen bin ich sehr unzufrieden damit, dass Sie sagen, der Bericht sei selbstgerecht und selbstzufrieden. Ich habe lediglich versucht, die Probleme differenziert darzustellen. Die erste Differenzierung ist die Unterscheidung zwischen Einkommensarmut und Teilhabeproblemen, und in der öffentlichen Debatte wird immer nur über Einkommensarmut geredet. Diese Differenzierung möchte ich gewahrt wissen, und diesen Punkt kritisiere ich übrigens auch an dem Bericht des Paritätischen, der an keiner Stelle etwas darüber sagt, dass Armut nicht nur etwas mit Einkommen zu tun hat.

Wenn ich Ihnen dann noch sage, dass die Einkommensrisikoquote von 24 Prozent methodisch sehr unsicher ermittelt wurde, dann würde ich auch nicht von einer Spirale nach unten sprechen. Bremen hat da eine sehr schlechte Situation, dafür gibt es Gründe, die etwas mit der Struktur des Arbeitsmarktes zu tun haben. Im Übrigen nicht nur mit der Situation der Arbeitslosen, sondern auch mit der Ausstattung der Betriebe, die wir in Bremen haben, mit dem Arbeitsplatzangebot, mit der Umlands-

verflechtung - die meisten Mercedesarbeiter wohnen nicht in der Stadt Bremen, sondern im Umland. Solche und ähnliche Faktoren führen dazu, dass wir hier in Bremen eine schwierige Konstellation haben, und wenn man daran etwas ändern will, bin ich an Vorschlägen sehr interessiert, aber ich glaube eben, dass man an dem Thema der Erwerbseinkommensarmut auf lokaler Ebene nur relativ wenig ändern kann.

Man kann beim Thema der Arbeitslosigkeit versuchen, es durch eine ordentliche Kinderbetreuung vor allem Frauen zu ermöglichen, in stärkerem Umfang am Arbeitsmarkt teilzuhaben als bisher. Die U3-Betreuung ist auch quantitativ enorm ausgebaut worden, die Quote der Kindergartenbetreuung ist hoch. Der nächste Schritt wäre jetzt meiner Ansicht nach die Diversifizierung und die Flexibilisierung der Angebote. Wir wissen aber aus zahlreichen Untersuchungen, dass es nicht nur daran liegt, sondern dass es viele andere Fragen gibt, zum Beispiel danach, welche Tätigkeiten zur Verfügung stehen und so weiter.

Vielleicht bin ich auch zu dicht an diesem Thema dran, und verweise daher immer auf all das, was nicht geht. Das soll keine Rechtfertigung sein, es soll nur davor warnen, dass man sagt: Wir wissen ja, Armut hat etwas mit Bildung und Arbeit zu tun, oder vielleicht auch noch mit Wirtschaft, und das bringen wir jetzt auf den Weg. Das ist zum Beispiel für Altersarmut keine Lösung, das ist in vielen anderen Bereichen auch keine Lösung, sondern man muss genau hinsehen und feststellen, was wir lösen und was wir unter Umständen auf lokaler Ebene nur durch eine verbesserte Teilhabegestaltung ausgleichen können. Das ist vielleicht dann unbefriedigend und nicht die große politische Lösung, aber ich betrachte die Situation der Menschen und versuche zu analysieren, was dort auf der Handlungsebene machbar ist. Da kann ich nur sagen: Die Handlungsmöglichkeiten lokal sind begrenzt!

Wenn mir jemand Handlungsmöglichkeiten aufzeigt, werde ich sie alle in den Bericht aufnehmen, aber ein Patentrezept habe ich noch an keiner Stelle gefunden, auch nicht im Wahlprogramm der CDU, auch in den anderen Wahlprogrammen im Übrigen nicht. Das werden wir in unsere Abschlussbewertung ebenso mit einbeziehen wie den Abschlussbericht des Ausschusses, aber wir werden vermeiden können, bei vielen Themen zu sagen, dass dort Unternehmen eine Rolle zu spielen haben, dass dort der Bund eine Rolle zu spielen hat, dass sie von Tarifabschlüssen abhängig

sind, die entsprechend ausfallen müssen, und weitere ähnliche Einflussfaktoren zum Tragen kommen, die für die Frage der Einkommensarmut entscheidend sind.

Für die Frage der Teilhabe ist es in der Tat ein Handlungsfeld auf lokaler Ebene.

Abg. Frau Vogt: Sie haben meine Frage eben nicht beantwortet, und da hat das Land eine Verantwortung. Die Kommune ist die öffentliche Beschäftigung und bei denjenigen, die Zuwendungen des Landes Bremens bekommen, - ich nenne einmal beispielweise die Pflegebereiche - sind die Löhne seit 10 Jahren nicht signifikant gestiegen. Da haben das Land und die Kommune schon eine Verantwortung, darauf sind Sie gar nicht eingegangen.

Dr. Bronke: Das Land hat seine Verantwortung dadurch wahrgenommen, dass es den Mindestlohn eingeführt hat, das war schon einmal ein erster wichtiger Schritt. Der nächste Schritt muss sein, schlechtbezahlte Arbeitsplätze in den Blick zu nehmen. Bei der Pflege kann ich nur sagen, dass die Entgelte in der Pflege von der Pflegeversicherung vereinbart werden, da sind wir nachrangiger Verhandlungspartner. Wir können dort nicht auftreten und sagen, wie viel Geld sie zahlen sollen, da kommt es auf die Verhandlungen zwischen den Pflegeeinrichtungen und der Pflegeversicherung an. Ich bin auch dafür, diese Entgelte zu steigern, wobei ich auch sagen muss, dass das in vielen Bereichen nicht unbedingt etwas mit der Armutsschwelle zu tun hat, sondern mit einer angemessenen Bezahlung für eine schwierige Arbeit. Die Personen aber, die in der Pflege in Vollzeit tätig sind, fallen bei ihrem Einkommen nicht unter die Armutsrisikoschwelle.

Abg. Dr. Güldner: Beantworten Sie auch die andere Frage?

Dr. Bronke: Ja, es ist nach der Gewichtung der Themen gefragt worden, das ist schwierig! Ich habe versucht, zehn Themen aufzulisten, und habe dabei im Übrigen auch Vorschläge gemacht. Das gewichtigste Thema ist das Thema Arbeit, weil es einen Beitrag zur Verringerung der Einkommensarmut liefern kann, aber auch einen Teilhabeaspekt hat. Arbeit ist nicht nur Geldverdienen, sondern Arbeit ist auch Teilhabe. Insofern finde ich den Punkt besonders wichtig, aber alle anderen Punkte sind für die Teilhabe im Alltag auch wichtig. Es gibt noch andere Bereiche, ich habe zum

Beispiel den Bereich Gesundheit etwas vernachlässigt und zum Beispiel den gesamten Teil der Partizipation hier gar nicht erwähnt, der steht im Bericht jedoch ausführlicher.

Auch das sind Bereiche, die für den Alltag der Teilhabe wichtig sind, aber wenn man nach strategischen Bereichen sucht, die sowohl Teilhabe als auch Einkommensarmut beinhalten, ist Arbeit der eine Punkt, der andere Punkt wäre Bildung. Dieser wirkt allerdings auf die Einkommensarmut nur sehr viel später, also über Dimensionen, die politisch kaum noch zu handhaben sind, das geht über Jahrzehnte. Deswegen glaube ich, dass Bildung auch wichtig ist, aber sie hat eine längere Vorlaufzeit, Arbeit geht dann noch etwas schneller.

Abg. Röwekamp: Eine kurze Nachfrage! Der Teil der Evaluation würde mich auch noch einmal interessieren. Beim letzten Armuts- und Reichtumsbericht hatten wir ja zum Beispiel unter dem Thema „Besondere Betroffenheit von Frauen und Alleinerziehenden von Armut“ die Feststellung gehabt, dass wir die Betreuungssituation von Kindern verbessern müssen. Dort ist auch viel getan worden, ich möchte nicht kritisieren, dass dort viel getan wurden! -, aber ich frage mich, ob das zum Beispiel gewirkt hat. Das beantwortet der Armuts- und Reichtumsbericht nicht, ganz im Gegenteil. Sie sagen jetzt noch einmal, dass wir über Flexibilisierung sprechen müssen. Wir haben uns um die U3-Jährigen gekümmert und wir haben bei den Kitas eine relativ gute Bedarfsabdeckung erreicht, und jetzt müssen wir flexibilisieren. Ich möchte nicht infrage stellen, dass das alles gut für die Gesellschaft ist, was wir dort getan haben, aber die Frage ist eben, ob dies ein Mittel war, das sich als erfolgreich in der Frage der Bekämpfung der Armut gezeigt hat.

Also, haben der Aufbau von U3 und die Ausweitung von Anspruchszeiten bei Kitas dazu geführt, dass die Beschäftigungsmöglichkeiten von Frauen wirklich gestiegen sind oder nicht? Theoretisch kann ich das beantworten, aber faktisch finde ich dafür keinen Beleg in der Statistik.

Dr. Bronke: Das geht sozusagen methodisch nicht, da die Frage der Erwerbsbeteiligung von Frauen von mehreren Faktoren abhängt. Wenn wir einen Faktor betrachten, nämlich die Frage der Kinderbetreuung, kann es sein, dass andere Faktoren

sich in der gleichen Zeit entweder positiv oder negativ entwickelt haben. Deswegen kann man nicht isoliert sagen, durch die Verbesserung der Kinderbetreuung hat sich insgesamt die Berufstätigkeit der Frauen erhöht oder gesenkt. Da wirken die anderen Faktoren viel stärker als das Thema Kinderbetreuung.

Wir haben viele Versuche unternommen, das beispielweise auch im Jobcenter zu verbessern, und haben erkannt, dass es manchmal ein wichtiger Punkt ist, aber in der Regel immer erst dann eine Rolle spielt, wenn eine Frau eine tatsächliche Erwerbsperspektive hat. Man kann Kinderbetreuung nicht auf Vorrat liefern, sondern sie muss dann zur Stelle sein, wenn jemand tatsächlich erwerbsfähig sein kann. Deswegen ist es bei so einer Evaluation methodisch schwierig zu schauen, welche einzelnen Faktoren etwas am Gesamtergebnis bewirkten.

Bei dem Thema Schulabbrecher haben wir gesehen, dass es sich in dem Bereich auch verbessert hat. Wenn Sie nun fragen, was sich bei der Jugendarbeitslosigkeit durch den Erwerb eines Abschluss verbessert hat, das kann ich wiederum nicht sagen.

Abg. Dr. vom Bruch: Herr Dr. Güldner!

Abg. Dr. Güldner: Das ist methodisch interessant. Zu betrachten wäre die Erwerbsbeteiligung von Frauen, die sich mindestens erhöht haben müsste, ohne dass wir jetzt durch die Kinderbetreuung einen analytischen Rückschluss auf die Armut ziehen, alles andere würde ja keinen Sinn ergeben.

Wo das konkret der Fall war, müssten wir analytisch herausfinden können. Ob es zum Beispiel bei einem Zweiterwerb innerhalb eines Haushaltes oder bei alleinerziehenden Müttern mit geringem oder gar keinen Einkommen eine Erhöhung der Frauenerwerbstätigkeit gegeben hat. Bei Letzteren würde sich dieser Effekt unmittelbar auf die Armutsbekämpfung auswirken, sofern eine Kinderbetreuung gestellt würde. Kann man diese Dinge aus den Daten evaluieren oder herausfinden?

Dr. Bronke: Also die Frauenerwerbstätigkeit hat sich ja erhöht. Jetzt könnte ich es mir leicht machen und sagen, dass das ein Erfolg der Kinderbetreuung sei, aber das

tue ich nicht, denn ich weiß, dass es andere Faktoren gibt, die ich aber nicht quantifizieren kann. Ich habe natürlich beobachtet, dass die Frauenerwerbstätigkeit nicht nur in Bremen steigt, sondern in ganz Deutschland, insofern wäre ich mit Jubelmeldungen an der Stelle vorsichtig.

Abg. Dr. Güldner: Mir ging es auch gar nicht um eine Jubelmeldung, sondern um eine andere Frage. Wir müssen versuchen, bestimmte Dinge noch etwas tiefer zu durchdringen, sozusagen auf ihre Ursache und Wirkung hin zu untersuchen, um auch perspektivisch für die nächsten Jahre Erkenntnisse zu gewinnen. Ich müsste doch feststellen können, ob sich die Frauenerwerbstätigkeit dort erhöht hat wo sie möglicherweise einen Zweiterwerb im Haushalt darstellt, oder da, wo sie zentrale Säule der Armut ist, weil Frauen alleinerziehend sind und nicht arbeiten gehen können.

Dr. Bronke: Trotzdem bleibt die Frage, ob da ein kausaler Zusammenhang besteht und nicht andere Faktoren eine viel größere Rolle als die Kinderbetreuung spielen?

Abg. Dr. Güldner: Ich wollte nur einmal anregen, dass wir uns näher damit befassen, weil wir ziemlich viel Geld für alle diese Dinge ausgeben. Gerade die Kinderbetreuung ist ein Programm mit wesentlichen Ausmaßen und daher ist zu prüfen, was tatsächlich eine armutspräventive oder armutsbekämpfende Wirkung hat. Sonst können wir das Geld an einer anderen Stelle bei der Senatorin im Bereich Kinder und Jugend investieren. Dann müsste das eigentlich aus der Armutsdebatte herausgelassen werden, wenn wir darüber gar keine Kenntnisse erlangen können.

Abg. Dr. vom Bruch: Dem würde ich auch ausdrücklich zustimmen, zumal es am Ende sicherlich nicht nur eine Frage von Kausalitäten und von unmittelbaren 1 zu 1-Zusammenhängen ist, sondern es ist die Frage, inwieweit bestimmte Dinge Einflussfaktoren darstellen. Da ist es auch sicherlich möglich einzelne Faktoren zu subsumieren.

Herr Dr. Bronke, an dieser Stelle darf ich mich ganz herzlich für die angeregte Diskussion mit Ihnen bedanken! Ich möchte versöhnlich sagen, es wäre ein Illusion zu glauben, dass irgendjemanden diesbezüglich ein Patentrezept hat. Die 12 Monate,

die dieser Ausschuss nun miteinander arbeitet, ist eines der Dinge, die wir hier ganz sicherlich alle teilen: Ein Patentrezept gibt es gegen dieses Phänomen schon deshalb nicht, weil es so vielschichtig ist. Viele Faktoren auf unterschiedlichen Ebenen können zu Armut führen, deshalb kann es kein Patentrezept geben, deshalb wird auch die Union in ihrem Wahlprogramm diesem Anspruch realistischer Weise weder haben noch erfüllen können. Ganz herzlichen Dank!

Ich darf dann noch den Tagesordnungspunkt 3 aufrufen, bei dem geht es um das Stichwort „weiteres Vorgehen“. Ich schlage vor, diese und die Fragen der Gliederung und des Berichtsaufbaus in der nachfolgenden Sprecherrunde zu erörtern.

Gibt es dagegen Einwände? Das ist nicht der Fall.

Dann rufe ich den Punkt „Verschiedenes“ auf! Gibt es dazu Punkte? Ich sehe keine Wortmeldungen. Dann darf ich mich an dieser Stelle bedanken und wünsche Ihnen für den weiteren Tag ein gutes Gelingen!

(Ende der Sitzung 15.55 Uhr)